

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 16
Dez. 2011/
Jan. 2012

Marburg macht sich arm

Haushalt 2012: Kein Politikwechsel unter Rot-Grün erkennbar

U nruhige Zeiten“ diagnostizierte Oberbürgermeister Egon Vaupel bei der Einbringung des Haushalts 2012. Er kritisierte zu Recht, dass die Politik Vorgaben der Finanzmärkte hinterherhechle. Die Auswirkungen spürten nicht zuletzt die Kommunen. Schamvoll verschwieg er jedoch, dass auch in Marburg die Politik vor den wirtschaftlich Mächtigen den roten Teppich ausrollt.

Jan Schalauske, Marburger Linke, zeichnete in der Haushaltsdebatte der Stadtverordnetenversammlung ein präzises Bild der Finanzkrise. Die Umverteilung von unten nach oben durch Steuergeschenke an die Reichen und Großunternehmen, die Umwandlung der umlagefinanzierten Sozialsysteme in kapitalgedeckte Systeme (Riester-Rente), die Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Leiharbeit sowie eine Absenkung der Reallöhne für die meisten der Beschäftigten – das sind wesentliche Ursachen der Krise. Riesige Geldvermögen erzwingen hohe Verbindlichkeiten.

Diese falsche Politik wurde auf kommunaler Ebene nahtlos fortgesetzt. Rot-Grün senkte den Gewerbesteuerhebesatz 2008 ohne Not. Damit wurden ein paar Kapitalgesellschaften in Marburg zusätzliche Millionen beschert. Die Stadt schnallte sich selbst den Gürtel enger. Offenbar beeinflusst auch in Marburg ökonomische Macht die politischen Entscheidungen. Das ist an der Entwicklung des Nordviertels unschwer abzulesen.

Zudem rechnet OB Vaupel die Stadt arm. Seit zehn Jahren liegen die tatsächlichen Gewerbesteuer-einnahmen deutlich über dem Ansatz der Kämmerer. 2011 sind die Einnahmen sechs Millionen Euro höher als geplant. Noch vor einem halben Jahr verbreitete der Magistrat,

am Jahresende Kredite aufnehmen zu müssen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Tatsächlich werden zwischen sechs und acht Millionen Euro Überschuss im Stadtsäckel sein.

Jan Schalauske präsentierte für die Marburger Linke realistische Handlungsalternativen. Eckpfeiler ist eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze auf Gießener Niveau. Diese Erhöhung ist sozial gerecht, ökonomisch vernünftig und bringt jährlich mindestens 9 Mio. Euro ein. Weitere Mehreinnahmen bei der Gewinnausschüttung der Sparkasse und eine realistische Schätzung der Einnahmen bei der Grundsteuer – eine soziale und ökologische Politik wäre keine Zukunftsmusik. Die Einnahmen lägen zwanzig (!) Millionen Euro über dem Ansatz des Magistrats.

Ohne neue Kredite gäbe es: zusätzliche Sporthallen, gebührenfreie Kitas, umweltfreundliche Mobilität, zumindest für StadtpassinhaberInnen den Nulltarif im ÖPNV und stärkere Unterstützung von vielen Vereinen und Initiativen im soziokulturellen Sektor.

DIE LINKE mit Doppelspitze



▲ Seit November hat der Kreisverband der LINKEN zwei Vorsitzende: Birgit Schäfer-Biver (3.v.l.) und Jan Schalauske (6.v.l.). Weitere Vorstandsmitglieder sind (vlnr.): Inge Sturm, Sebastian Chwala, Adnan Yildirim, Heidi Hoffmann, Frank Reguluski, Ingeborg Cernaj, Thorben Peters. Es fehlen: Eckhard Kohn und Andrea Sollwedel



Die Stadt Marburg könnte den sozialen Wohnungsbau energischer fördern, den Ortsbeiräten Verfügungsmittel zuweisen, die Energiewende zügiger vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit besser berücksichtigen, den Personalabbau in der Verwaltung stoppen und die Beschäftigten von der erheblichen Arbeitsverdichtung entlasten.

Aber dazu braucht man Kraft und Mut. Beides fehlt dieser rot-grünen Koalition. Sie wollte den Vorschlägen der Marburger Linken nicht folgen – mit einer Ausnahme. Die Bewilligung von 10.000 Euro für die Aufarbeitung der Geschichte der Marburger Jäger ist höchstens ein Trostpflaster für WählerInnen, die auf eine konsequent soziale, ökologische und an Teilhabe orientierte Politik hofften. Hajo Zeller

Kommentar

1. April oder 11.11.?

Eine schwierige Frage angesichts des Vorschlags des Oberbürgermeisters für eine Zahnradbahn zum Schloss. Kosten: geschätzte 2 bis 4 Millionen Euro. Gleichzeitig ist Marburg so arm, dass es sich die dringend benötigte 4-Felder-Sporthalle nicht leisten kann.

Was steckt also hinter dem Vorschlag? Soll das grüne Seilbahnprojekt Konkurrenz bekommen? Oder ist das Ganze eine Nebelkerze des rosa-grünen Magistrats, um die Empörung in der Stadt über die klägliche Vorstellung der Koalition beim Sporthallenbau abzulenken? Nicht ganz abwegig, die große Politik macht es uns ja vor. Schienengebundene Verkehrssysteme haben im öffentlichen Nahverkehr Vorteile, u.a. hohe Transportkapazität und schnelle Beförderung. Wenn der Magistrat das will, dann soll er konsequent die alte Forderung der Marburger Linken aufgreifen: Straßenbahn in Marburg.

Bei gleicher Spurweite lässt sich die bestimmt mit der Zahnradbahn verbinden. Und wenn wir dann noch eine Zahnradbahn zum Diakonienkrankenhaus bauen, lösen wir gleich die Verkehrsprobleme in Wehrda mit. Wer das finanziert? Für eine „Anneliese Pohl Gedächtnisbahn“ wird sich schon ein Sponsor finden, zumal wenn sie die Haltestellen „Anneliese Pohl Allee“ und „Bückingsgarten“ verbindet. Roland Böhm

„Entgleisung“ im Stadtparlament

Im November musste die Sitzung des Stadtparlaments unterbrochen werden. Auslöser war eine Debatte um die Bebauung des Germanenplatzes durch ein Unternehmen der Pohl-Familie. Die Fraktion der Marburger Linken forderte, eine Bedingung für die Bebauung – eine Erdgeschosssetzlage für ein Pflegeprojekt vorzuhalten – durch Eintragung ins Grundbuch abzusichern.

Dies bezeichnete Philipp Stompfe (CDU) als „erstklassige Beleidigung“ der Pohl-Familie. Anschließend warf sich Bürgermeister Franz Kahle für den Milliardär Reinfried Pohl ins Zeug und griff Henning Köster, den Fraktionsvorsitzenden der Linken persönlich an. Es sei „schäbig“, dass Köster sich darüber aufrege, wie „andere Leute mit Geld umgehen“, er aber in einer Partei sei, die „überhaupt kein Problem hatte, Volkseigentum, was sie von der SED übernommen hatte, für Parteizwecke zu missbrauchen“. Das war offensichtlich die Unwahrheit, dennoch frenetischer Beifall bei der CDU.

Henning Köster erinnerte deshalb in einer Replik die CDU an ihre Geschichte und verwies darauf, dass 1933 im Reichstag die Vorgängerparteien der CDU im Gegensatz zu Sozialdemokraten und Kommunisten den Arm für Hitler gehoben hätten. Die christlichen und konservativen Parteien hatten für das Ermächtigungsgesetz der Nazis gestimmt.

Nun aber Empörung auf Seiten der CDU. Stompfe verlangte eine Entschuldigung auf „höchster Ebene“. Stadtverordnetenvorsteher Löwer entzog Köster das Wort, weil er diesen angeblichen „Vergleich“ nicht stehen lassen könne. Köster wurde nicht nur der Ausschluss aus der Versammlung, sondern sogar eine Strafanzeige angedroht. Da er dachte, missverständlich geredet zu haben, entschuldigte er sich.

Die Abschrift der Parlamentsdebatte machte aber deutlich, dass nicht Köster sich eine „Entgleisung“ (OP) geleistet hatte. Löwer erklärte in der Parlamentssitzung vom 16. Dezember, dass er angesichts der Abschrift anders entschieden hätte. Die OP brachte eine Richtigstellung. Auf die Entschuldigung von Stompfe wartet man noch. *Nico Biver*

Der Stein des Anstoßes

Marburger Linke stützt Protest gegen Kriegerdenkmal

Die Kameradschaft Marburger Jäger/2. Panzergrenadierdivision weihte am 27. August in Marburg-Bortshausen ein wuchtiges Kriegerdenkmal wieder ein, das an den deutsch-französischen



▲ Kriegerdenkmal der „Marburger Jäger“ – mit städtischer Unterstützung nach Bortshausen verpflanzt

Krieg von 1870/71 erinnert. Weil dieses Denkmal deplaziert und anachronistisch ist, will eine Bürger-

initiative das Denkmal wieder entfernen.

Die Fraktion Marburger Linke

Hallen von Vaupels Gnaden

Neubau gedeckter Sportflächen auf lange Bank geschoben

Seit über zehn Jahren weiß man: Die Halle der Richtsberg-Gesamtschule muss saniert werden. Im Sportentwicklungsplan, der seit diesem Sommer vorliegt, wurde einstimmig der Bedarf zusätzlicher gedeckter Sportflächen festgestellt, und eine Vierfelder-Halle bei der Elisabethschule empfohlen. Damals sagte Oberbürgermeister Egon Vaupel: „Wir sind einer Meinung, dass zusätzlich gedeckte Flächen nötig sind.“ Allerdings müsse man bei der Umsetzung des Sportsstättenbaus die finanziellen Spielräume genau prüfen. Noch in diesem Jahr könne man eine Grundsatzentscheidung in Sachen Hallenneubau erwarten.

Das war im Mai. Ein halbes Jahr später kam der Sinneswandel. Am 15. Dezember erklärte Vaupel: So lange es Hallen in Marburg gäbe, die tagsüber zu 15 Prozent und abends zu 50 Prozent ausgelastet seien, werde es „unter ihm“ keinen Neubau geben. Hoppla. Drei Wochen vorher hatte der Magistrat in Beantwortung einer kleinen Anfrage noch erklärt, die Hallenbelegung liege bei fast 100 Prozent. Und was heißt „unter ihm“? Zählen die Eingaben der Schulleiter, der Vereine, der Elternbeiräte und der Sportentwicklungsplan nichts?

Aus Protest gegen diese Politik traten der Sportkreis-Vorsitzende Dr. Franz Nitsch und sein Stellvertreter Hermann Brand zurück. Beide wollen nicht als „Alibi“ fungieren und sehen den Sport in Marburg um zehn Jahre zurückgeworfen. Die Ausrede, es sei kein Geld da, zieht nicht. Der Jahresabschluss 2011 der Stadt Marburg wird 6-8 Mio. Euro Überschuss ausweisen. Die Marburger Linke meint: Daraus lässt sich sogar ohne Kreditaufnahme ein Hallenneubau finanzieren.

Tanja Bauder

Schlossblick

Ein jahrelang gehegter Wunsch des Ortsbeirats Wehrda und geschichtlich interessierter BürgerInnen ging vor kurzem in Erfüllung. Eine historisch schon vorhandene Aussicht von der Burgruine Weißenstein bei Wehrda zum Marburger Schloss wurde durch Entnahme weniger Bäume wieder hergestellt. Das Ortsbeiratsmitglied der Marburger Linken, Johannes Linn, ergriff die Initiative

nahm dieses Anliegen auf und trug das Thema in die StVV. Der Magistrat wurde mehrheitlich aufgefordert, sich für die Entfernung des Denkmals einzusetzen und detailliert darzulegen, welche Rolle Magistrat und Verwaltung bei der Aufstellung des Denkmals spielten. Zudem solle die Kooperation mit der Kameradschaft – sie hält die Erinnerung an das in Marburg von 1866 bis 1920 stationierte Jägerbataillon 11 und die 2. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr wach – eingestellt werden.

Jan Schalauske (Vorsitzender DIE LINKE Marburg-Biedenkopf) hat in der öffentlichen Diskussion um das Kriegerdenkmal die Geschichte der Marburger Jäger kritisch beleuchtet. Zusammenschießen der Pariser Kommune, Völkermord an den Hereros, Kapp-Putsch und Ermordung der thüringischen Arbeiter in Mechterstädt; an diesen und weiteren Heldentaten waren die Marburger Jäger beteiligt, wie die Marburger Geschichtswerkstatt akribisch herausarbeitete.

Dem Vizevorsitzenden der Kameradschaft, Klaus J. Böckler, gefielen diese Fakten überhaupt nicht. Er zeigte Schalauske wegen Verleumdung und übler Nachrede an. Das „Bündnis gegen Rechts“ und das „Bündnis Nein zum Krieg“ stärken Schalauske den Rücken und fordern eine Einstellung des Verfahrens. 10.000 Euro stellt die StVV für die Aufarbeitung der Geschichte der Marburger Jäger nächstes Jahr bereit. Wahrscheinlich gefällt Herrn Böckler auch das nicht. *Hajo Zeller*

und konnte als Forstsachverständiger zur Realisierung beitragen. Übrigens: Der Maler Otto Ubbeholde wählte den damals unbewaldeten Weißenstein als Motiv für die „Sterntaler“ der Gebrüder Grimm.



Foto: Johannes Linn

Foto: Sebastian Chwala

Sind zehn Euro zuviel?

SPD will keinen Mindestlohn, der zu Lohnerhöhungen führt

Geht es nach dem Willen der Marburger Linken, wird bei der Stadt und ihren Betrieben niemand weniger als 10 Euro die Stunde verdienen. Aber in den Ausschüssen haben nicht nur die bürgerlichen Fraktionen sondern auch die rot-grünen gegen einen diesbezüglichen Antrag gestimmt.

Das ist verwunderlich, denn im Sommer hatte die SPD-Vorsitzende Marianne Wölk einen „Mindestlohn von 8,50 Euro für den Gesamtkonzern Stadt Marburg“ als einen der „sozialdemokratischen Punkte“ im Koalitionsvertrag mit den Grünen genannt.

Die Marburger Linke war deshalb gespannt, wie viele Beschäftigte

davon profitieren würden. In der Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske musste Oberbürgermeister Egon Vaupel zugeben, dass es überhaupt keine Beschäftigten der Stadt gibt, die weniger als 8,50 Euro verdienen.

Somit stellt sich die Frage, was diese Festlegung im Koalitionsvertrag bezweckt. Geht man bei der SPD davon aus, dass in den Billiglohn-Tochterfirmen der Stadtwerke und der Altenhilfe St. Jakob die Löhne unter 8,50 Euro sinken werden, wenn man nichts unternimmt?

Die kleine Anfrage hat auch ergeben, dass 37 Beschäftigte der Marburger Service GmbH weniger als 10

Euro verdienen, und somit eine Rente unterhalb des Hartz-IV-Niveaus zu erwarten haben. Diese Tochter der Altenhilfe St. Jakob wurde gegründet, um in der Wäscherei und bei der Speisenversorgung niedrigere Löhne zahlen zu können. Hier verfuhr man nach dem niedrigeren NGG-Tarif. Seit Januar 2011 gilt der Tarifvertrag TV Service. Der ist noch schlechter.

So düster sind die Zustände bei den Stadtwerketöchtern MVG und MEG nicht. Aber mit 12 Euro/Stunde

liegen die BusfahrerInnen der MVG ein Drittel unter den Altbeschäftigten der Stadtwerke. Der Lohn ist so niedrig, dass die MVG Probleme hat, neue FahrerInnen zu finden.

Die Prämie von 250.000 Euro, die die Stadtwerke an ihre 600 Beschäftigten ausschütten, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Marburger Linke fordert, die Gewinne der Stadtwerke von jährlich etwa 2 Mio. Euro nicht an die Stadt abzuführen, sondern für höhere Löhne zu verwenden. *Nico Biver*

Nazi-Terror stoppen!

Stadtparlament und Kreistag gedenken der Opfer

Seit dem angeblichen Selbstmord der beiden Zwickauer Rechtsterroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt kommt scheinbar ein unfassbares Versagen von Polizei und Verfassungsschutz zu Tage – und damit auch eine einzigartige rechtsextreme Mordserie. Die Untaten der braunen Terrorzelle rufen allgemein Empörung hervor. Durch die Blutspur des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ tritt aber häufig in den Hintergrund, dass rechtsextreme Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland fast alltäglich ist. Nach Recherchen des Internetportals „Mut gegen rechte Gewalt“ starben seit 1990 in Deutschland 182 Menschen durch rechtsextreme oder rassistische Gewalt.

In der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) gedachten die ParlamentarierInnen Ende November auf Anregung der Fraktion Marburger Linke allen Opfern rechtsradikaler Gewalt mit einer Schweigeminute. Die StVV sprach sich dafür aus, weitere Schritte zu unternehmen, um diesem rechtsradikalen Gedankengut entgegen zu treten. Darüber hinaus soll eine Gedenkfeier stattfinden, die von dem Runden Tisch Integration, dem Ausländerbeirat und dem Kinder- und Jugend-

parlament vorbereitet wird.

Auch im Kreistag wurde der Opfer in der Dezembersitzung mit einer Schweigeminute gedacht. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE im Kreistag gab den Anstoß. Außerdem wurde beantragt, dass der Kreisausschuss eine Studie zum Rechtsextremismus im Landkreis Marburg-Biedenkopf in Auftrag geben solle. Als Prüfauftrag wurde er einstimmig verabschiedet.

Die Redebeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt von Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, und Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) ließen dennoch grundlegende Unterschiede in der Bewertung der rechtsextremen Gefahr im Landkreis erkennen. Anna Hofmann wies darauf hin, dass der Landkreis kein neonazifreier Raum sei, wie der Brandanschlag 2008 in Dautphe oder die rechtradikalen Umtriebe in Lahnthal bewiesen. Fremdenfeindliches und rechtsextremes Gedankengut verbreite sich vor allem bei jungen Menschen im ländlichen Raum. Thomas Schäfer warnte vor parteipolitischem Missbrauch der rechten Terrorakte und verwahrte sich dagegen, dass der Landkreis eine rechte Hochburg sei. Das hatte allerdings niemand behauptet. *Hans Somme*



▲ DVAG-Verwaltungsgebäude an der „Anneliese Pohl Allee“

Pohl-City

1 Reinfried Pohl können Magistrat und Stadtverordnetenversammlung keine Bitte abschlagen. Wurde schon die Rosenparkbrücke auf seinen Wunsch so benannt – er hat die Fußgängerbrücke schließlich auch bezahlt – ist das Parlament ihm bei der Benennung der neuen Straße am DVAG-Gebäudekomplex ebenfalls gefolgt. Sie wurde nach seiner verstorbenen Gattin „Anneliese-Pohl-Allee“ benannt. Ihr wichtigstes Verdienst: „Wenngleich Frau Pohl formal nicht in die Geschäftsführung eingebunden war, hätte es dieses Unternehmen ... vermutlich nicht gegeben.“

Bei soviel Entgegenkommen wundert es nicht, dass der Wunsch des Marburger „Mäzens“, die Bindestriche wegzulassen, sofort stattgegeben wurde, egal was die deutsche Rechtschreibung oder der Parlamentsbeschluss besagen. Bindestriche würden trennen.

2 81 Prozent der TeilnehmerInnen an einer Umfrage des Marburger Express' sind der Meinung, dass die Bauten der DVAG nicht nach Marburg passen und kein Gewinn seien. Lediglich

19 Prozent waren der Auffassung, dass „die Investitionen das Nordviertel und Marburg deutlich aufwerten“.

3 Nur den zweiten Platz konnte die DVAG bei der Online-Abstimmung über die Verleihung der Lobbykatie-Medaille erringen. Den Negativpreis für undemokratische Lobbyarbeit gewannen mit 44 Prozent die Deutsche Bank und Josef Ackermann, weil sie dank ihres privilegierten Zugangs die günstigen Konditionen für die Finanzbranche bei der Griechenland-Rettung prägten.

Angeht diese Konkurrenz musste sich die DVAG als eines von fünf nominierten Unternehmen mit 21 Prozent begnügen. Ihr wurde von LobbyControl, einem gemeinnützigen Verein, der über Machtstrukturen und Einflusstaktiken in Deutschland und der EU aufklären will, vorgehalten, PR-Texte als seriöses Lehrmaterial für Schulen zu vermarkten.

Platz 2 belegte die DVAG 2010 bundesweit auch bei den Parteispenden. Sie spendete insgesamt 400.000 Euro, je zur Hälfte an CDU und FDP. Nur BMW spendete mehr – durch das Überlassen von Pkw an CDU, CSU, FDP und SPD. *Nico Biver*

Silberstreif am Horizont?

Defizit im Kreishaushalt auf Kosten der Kommunen gesenkt

Ist weniger desolat schon gut? Diese Frage stellt sich die Fraktion DIE LINKE im Kreistag nach der Haushaltsrede von Landrat Fischbach am 16. Dezember und nach einer ersten Durchsicht des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2012. 5,86 Mio. Euro beträgt das Defizit des Ergebnishaushaltes, deutlich weniger als die Fehlbeträge im zweistelligen Millionenbereich der beiden letzten Jahre.

„Nah dran am Haushaltsausgleich“ behauptet der Landrat und will eine „gewisse Stabilisierung der Kreisfinanzen“ sehen. Dabei verweist er auf die mittelfristige Finanzplanung, die in den nächsten Jahren deutliche Überschüsse im Ergebnishaushalt vorhersagt. Die Hoffnungen des Landrates, im Haushalt bald schwarze Zahlen zu schreiben, können durch die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr sehr schnell zerstört werden. Die aktuellen Konjunkturindikatoren verheißen nichts Gutes.

Um das Defizit zu begrenzen, wird die Kreisumlage – eine Abgabe der Städte und Gemeinden an den Landkreis – bis zum gesetzlich erlaubten Maximum erhöht. Dies ruft den energischen Protest der meist ohnehin klammen Kommunen hervor. Der Protest wird nichts nutzen, da der Regierungspräsident in Gießen, die Kommunalaufsicht für den Landkreis, unmissverständlich klarmachte, auf der Erhöhung zu bestehen.

DIE LINKE fordert seit Jahren eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, um die kommunale Selbstverwaltung nicht zur leeren Phrase werden zu lassen. Daher ist es zu begrüßen, dass die hessischen Landkreise und einige Gemeinden vor dem Staatsgerichtshof das Land Hessen auf eine verfassungskonforme Finanzausstattung verklagen. Ob sie Erfolg haben werden und der Kreishaushalt 2012 da-

Fehlschlag Bildungspaket

Die meisten Betroffenen erhalten keine Leistungen

Arme Kinder und Jugendliche haben einen Rechtsanspruch auf Gutscheine zum Beispiel für Lernhilfen, Angebote von Sportvereinen, warme Mittagessen in Schulen oder Kindertagesstätten. Eltern, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Sozialhilfe, den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, können die Leistungen für ihre Kinder beantragen. Seit Frühjahr 2011 ist das amtlich. Es ist aber nicht mehr als ein Trostpflaster unter dem Namen „Bildungs- und Teilhabepaket“. Man kann es auch als Schaumstrahlerei bezeichnen.

Sozialverbände und DIE LINKE kritisieren das System von Anfang an heftig. „Zu kompliziert, zu bürokratisch und geht an der ‚Lebensrealität‘ völlig vorbei“, sagt

von profitieren wird, ist mehr als ungewiss.

Stolz verweist Robert Fischbach auf das Kernstück seines Haushaltes: die energetische Optimierung der Schulgebäude des Landkreises. 10 Mio. Euro pro Jahr sollen in den nächsten fünf Jahren für diesen Zweck investiert werden. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass diese Beträge nicht ausreichen werden, um in allen Kreisgebäuden vernünftige Standards zu erreichen. So ist es eben. Weniger desolat ist noch lange nicht gut.

Hajo Zeller

der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider. Die Betroffenen müssen von sich aus tätig werden. Wenn es den Eltern psychisch oder körperlich schlecht geht, passiert dies nicht. So kommen Leistungen gerade bei den Kindern nicht an, die sie vielleicht am nötigsten brauchen.

Auch neun Monate nach der Gesetzesänderung erhalten die meisten der betroffenen 2,5 Millionen Kinder oder Jugendlichen keine Leistungen aus dem Bildungspaket. Die Zahlen des heimischen Kreis-JobCenters (KJC), das im Landkreis Marburg-Biedenkopf das Teilhabepaket umsetzt, sprechen ebenfalls für sich, wie Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN berichtet:

„Gerade mal ein gutes Drittel der anspruchsberechtigten Kinder mit Eltern in Hartz-IV-Bezug haben überhaupt Leistungen erhalten. Das Bildungspaket ist auch im heimischen Raum ein Fehlschlag. Das Hartz-IV-Gesetz ist in der Praxis gescheitert und nicht mehr zu retten. Die Regelsätze für Kinder müssen signifikant erhöht werden, damit Kinder aus armen Familien eine Chance auf Teilhabe und Bildung haben. Das Gesetz in seiner jetzigen Form ist keine Bildungsoffensive, sondern entpuppt sich nach Berechnungen des Deutschen Städtetages als 500-Millionen-Sparprogramm zu Lasten armer Kinder und Jugendlicher.“

Hajo Zeller

Termine

■ **Bundeskongress des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS**
Fr.-So., 13.-15. Jan., Universität

■ **Stadtverordnetenversammlung Marburg**

Themen u.a.: Mindestlohn von 10 Euro für die städtischen Betriebe
Fr., 27. Jan., 16.00 Uhr, Sitzungssaal, Barfüßerstr. 50

■ Lesung des Rosa-Luxemburg-Clubs: **Offene Fragen in der geschlossenen Abteilung**

Harald Werner, Vorstandsmitglied der LINKEN und Ex-DKP-Funktionär berichtet über ein politisches Leben, das in den 60er Jahren begann, und über die Konflikte Ende der 80er Jahre in der DKP.
So., 19. Feb., 11.00 Uhr, TTZ

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. Käte-Dinnebier-Saal
DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg
Eingang rechte Hausseite

▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

▶ **Marburger Linke, Fraktion und Liste**, montags, 20.00 Uhr

▶ DIE LINKE. **Kreis AG**, mittwochs, 20.00 Uhr

sds.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

▶ die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 19.12.2011

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de



Foto: Nico Biver

▲ Seit August 2011 befindet sich das Büro der Kreistagsfraktion DIE LINKE, der Fraktion Marburger Linke und des Kreisverbandes DIE LINKE im DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, 1. Stock



▲ Partikeltherapiezentrum auf den Lahnbergen: seit kurzem in Betrieb und schon schrottreif?

Wie wirtschaftlich muss Lebensrettung sein?

Zum Aus für das Partikeltherapiezentrum in Marburg

Die Rhön-Klinikum AG und kein Ende: Ein Paradebeispiel für die berechtigten Sorgen um das Patientenwohl liefert der Betreiber des Marburger Uni-Klinikums in Zusammenhang mit der Partikeltherapie – einer höchst innovativen Methode zur Krebsbekämpfung. Die Anlage wurde mit öffentlichen Geldern in Millionenhöhe gefördert, soll nun aber nicht in Betrieb gehen.

Mitte Dezember besichtigte die hessische Wissenschaftsministerin die Anlage und bezeichnete diese als voll funktionsfähig. Die Rhön-Klinikum AG sieht das anders. Die Partikeltherapie sei nicht marktreif; bei den Kosten könne man sich ausrechnen, wann die Rhön AG pleite wäre.

Dem widerspricht die Kaufmännische Direktorin des Universitätsklinikums Heidelberg, Irmtraut Gürkan, anlässlich des 2. Jahrestages der Inbetriebnahme des HIT (Heidelberger Ionenstrahl-Therapiezentrum): Die Investitions- und laufenden Kosten können durchaus gedeckt werden, doch sei eine solche Anlage nichts für Investoren.

„Eine Behandlung im HIT ist rund dreimal so teuer wie die konventionelle Strahlentherapie, liegt aber in der gleichen Größenordnung wie aufwändige operative Behandlungen und Chemotherapien“, heißt es auf der HIT-Website, auf der auch eine Liste gesetz-

licher Krankenkassen veröffentlicht wird, welche die Kosten für die Partikeltherapie übernehmen: www.klinikum.uni-heidelberg.de/Kostenuebernahme.

Die Anlagen in Marburg und Heidelberg sind praktisch identisch, bestätigt Hersteller Siemens. In Marburg können Patienten nicht behandelt werden, weil der börsennotierte Rhön-Konzern Geld erwirtschaften will, um Dividenden an Aktionäre auszahlen zu können. Jetzt heißt es, dass die Anlage für Lehre und Forschung genutzt werden soll – die Patienten bleiben erneut „außen vor“.

Die LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf forderte die Landesregierung wiederholt auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, damit die Marburger Partikeltherapieanlage für die Versorgung von Patienten in Betrieb genommen wird. Werden den Konzernen keine Grenzen gesetzt, ist demnächst auch noch die Streichung von Krebsoperationen oder Chemotherapien aus „wirtschaftlichen“ Gründen zu befürchten. Denn diese sind ja genauso teuer wie die Partikeltherapie.

Ingeborg Cernaj

Ausländerbeiräte zu teuer?

Landkreis und Marburg gegen wirksame MigrantInnenvertretung

Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert einen Ansatz, der die gleichberechtigte politische, soziale und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zum Ziel hat. Ausländerbeiräte als Interessenvertretung der MigrantInnen können hierbei eine wichtige Rolle spielen. Hierzu sind zwei Voraussetzungen nötig: Erstens, es muss ein Ausländerbeirat existieren und zweitens, er braucht vernünftige Rahmenbedingungen, um arbeitsfähig sein. „Erstens“ betrifft den Landkreis und „zweitens“ betrifft die Stadt Marburg.

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag ergriff die Initiative, um einen Ausländerbeirat auf Landkreisebene zu etablieren. Zurzeit bestehen nur noch in Kirchhain und Marburg Ausländerbeiräte. Im Landkreis kann also keine Rede davon sein, dass die Interessen der ausländischen BürgerInnen von einem Ausländerbeirat vertreten werden. Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zur Beteiligung ausländischer EinwohnerInnen werden nicht beachtet.

Die Diskussion in den Fachausschüssen des Kreistages zeigte jedoch schnell, dass die regierende Koalition einen Ausländerbeirat auf Kreisebene ablehnt. Neben dem Kostenargument „zu teuer“ brachte Stephan Klenner (CDU) den Einwand, dass Einbürgerung der bessere Weg sei, um mitentscheiden zu können. Zudem zeige das Bei-

spiel Stadtallendorf, dass die ganze Sache mangels Beteiligung nicht funktioniere.

In der Stadt Marburg gibt es einen Ausländerbeirat. Dieser beklagt zu Recht, dass die finanziellen und vor allem personellen Ressourcen nicht ausreichen, um den vielfältigen Aufgaben eines Ausländerbeirates gerecht zu werden. Ein wenig neidisch schweiften die Blicke gen Gießen, wo zurzeit eine volle Stelle zur Unterstützung des Ausländerbeirates eingerichtet und der Integrationsbeauftragte ebenfalls hilfreich tätig ist.

Die Marburger Linke fordert bei den Haushaltsberatungen seit Jahren, Finanzmittel bereitzustellen, um dem rührigen Marburger Ausländerbeirat eine personelle Ausstattung, ähnlich wie in Gießen, zu ermöglichen. Regelmäßig wird dieses Ansinnen abgebügelt: „Zu teuer“.

Goharik Petrosyan, die Vorsitzende des Marburger Ausländerbeirates, geht jetzt in die Offensive. Sie sagt: „Die Politik möchte zeitgemäße Integrationsarbeit, dann soll sie unsere Ressourcen nutzen und nicht gegen uns arbeiten.“ Und sie sagt weiter: „Wir wollen eine volle Stelle.“ Die Unterstützung der Marburger Linken, insbesondere von der Stadtverordneten Halise Adsan, die regelmäßig die Sitzungen des Ausländerbeirates besucht, ist Goharik Petrosyan und ihren MitstreiterInnen sicher.

Hans von Obersinn



▲ Mitglieder der linken Fraktionen im Kreistag und im Marburger Stadtparlament informierten sich Ende Oktober bei den Stadtwerken über deren Energie-, Verkehrs- und Personalpolitik und ließen sich in Cyriaxweimar die Kompostierungs- und Biogasanlage der MEG erklären.

Eine Bürgermeisterin für Wetter

DIE LINKE nominierte Susann Kalden als Kandidatin für die Wahl am 4. März 2012

Die Mitglieder der LINKEN in Wetter nominierten Anfang Dezember in großer Einmütigkeit die 47-jährige Angestellte Susann Kalden für die Bürgermeister-Wahl am 4. März 2012. Ihre politischen Ziele: Wetter müsse eine kinderfreundlichere Stadt werden. „Die Kinderbetreuung muss verbessert werden, etwa durch die Ausweitung der Betreuungsschlüssel und

der Betreuungszeiten.“ Grundsätzlich: „Die Schulwege sollen sicherer werden. Der Vorrang für den Autoverkehr in der Kernstadt muss zugunsten der schwächeren Verkehrsteilnehmer zurückgenommen und der Öffentliche Nahverkehr verbessert werden.“ Kalden will, dass die Bürgerinnen und Bürger in alle zukunftsrelevanten Entscheidungen und Prozesse eingebunden werden.

Hoch erfreut zeigte sich Jan Schalauske, Kreisvorsitzender der LINKEN Marburg-Biedenkopf über die gelungene Kandidatinnenkür: „Mit Susann Kalden hat DIE LINKE eine Kandidatin, die die Probleme der Stadt und ihrer Menschen gut

kennt. DIE LINKE wird im Wahlkampf für mehr soziale Gerechtigkeit, Transparenz und Demokratie Flagge zeigen.“

Auf der Versammlung wurde außerdem der Vorstand des Ortsverbandes Cölbe, Lahntal, Münchhausen und Wetter vervollständigt. Ihm gehören jetzt Susann Kalden, Gerd Krieg, Martin Krieger, Arnold Radtke und Wolfgang Pohlmann an.
<http://linkewetter.li.funpic.de>

Ansturm an der Uni

SDS. Die Linke: Geld für Bildung statt für Bankenrettung

Weil in diesem Winter durch die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe auf zwölf Jahre und die Aussetzung der Wehrpflicht gleich mehrere Abiturjahrgänge ein Studium beginnen, hat die Philipps-Universität allein in diesem Wintersemester einen Zuwachs von mehr als 1000 StudienanfängerInnen zu verzeichnen. Eine sehr gute Entwicklung, könnte man meinen. Doch während die Studierendenzahlen immer weiter steigen, sinken die finanziellen Mittel, die das Land Hessen den Universitäten zukommen lässt. „Wer sich darüber aufregt, bekommt zu hören, dass es kein Geld gibt und gespart werden muss. Aber abends in der Tagesschau hören wir wieder von Milliarden-Rettungsschirmen für Banken“, meint dazu Hendrik Gesthuysen. Er ist für den SDS. Die Linke im AStA-Referat für Soziales.

Eine Situation, die der SDS. Die Linke nicht hinnehmen will. Daher soll für 2011/12 der Fokus auf Hochschulpolitik zwar beibehalten, aber auch die Finanzkrise und ihre Ursachen stärker beleuchtet werden. Konkret bedeutet dies, dass wir uns an noch stärker um die konkreten Sorgen und Belange der Studierenden kümmern wollen. Dafür gibt es in diesem Jahr beste Voraussetzungen: Der SDS stellt erstmals neun ReferentInnen im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), so viel wie noch nie. Nehmen wir zum Beispiel die sozialen Härtefallanträge im AStA oder das Engagement im Verkehrsreferat, wo Basti

Kettner als Referent einen stärkeren Schwerpunkt auf Eltern-Kind-Beförderung und ein sozial gerechtes Semesterticket legen wird. Darüber hinaus werden aber auch Veranstaltungen angeboten: Themengebiete sind dabei die Bankenkrise, Schuldenbremse und Postdemokratie. Im Sommersemester wird es zusätzlich wieder einen Marx-Lesekreis geben. Wer sich für diese Veranstaltungen interessiert oder mal vorbei schauen will, ist herzlich eingeladen.

Janis Ehling

Treffen während des Semesters: dienstags, 20 Uhr, Büro der Partei DIE LINKE in der Bahnhofstr. 6.

Weitere Infos: sds-marburg.de



Foto: Tim Gabel

▲ Auf Einladung der Bundestagsfraktion der LINKEN weilte am 25. November die afghanische Menschenrechtlerin Malalai Joya (L.) in Marburg. Neben ihr Birgit Schäfer-Biver und Christine Buchholz (MdB aus Hessen)

Zur Person



Foto: Gerd Gönning

Susann Kalden ist 47 Jahre alt, Angestellte beim Automobilclub von Deutschland, sie ist Mutter zweier Töchter (11 und 8 Jahre). Geboren ist sie 1964 in Marburg-Wehrda und aufgewachsen in Wetter. Nach dem Besuch der Edertalschu-

le (Frankenberg) und dem Land schulheim Steinmühle (Marburg, Cappel) folgte 1985 das Studium an der Universität Marburg in den Fächern Kunstgeschichte, Archäologie, Neue Deutsche Literatur und Medienwissenschaften mit dem Abschluss Magister (1992).

Im Rahmen eines Graduiertenkollegs war Susann Kalden Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und in Kunstprojekte eingebunden (u.a. in Nürnberg, Köln und im hiesigen Angelburg). Seit Ende 2008 wohnt sie mit der Familie in Wetter. Ehrenamtlich war sie u.a. als Elternbeirätin im Kindergarten und im Kinderhort aktiv. Überregionale Beachtung fand ihr Engagement für die „Aktion sicherer Schulweg“ (www.sicheresfrankfurt.de), das auch von Frankenberg/Eder übernommen wurde.

Kirchhainer LINKE gründet Ortsverband

Längst überfällig war die Gründung des Ortsverbandes „DIE LINKE. Kirchhain und Ostkreis“ am 15. Dezember. Immerhin sind die Kirchhainer LINKEN seit Jahren ein wichtiger Eckpfeiler linker Politik im Landkreis und im März ins Stadtparlament eingezogen. Mit Sachkenntnis und politischer Entschlossenheit setzen sie sich in der Kirchhainer Kommunalpolitik für mehr soziale Gerechtigkeit ein.

Die Gründung soll weitere Impulse für linke Politik im gesamten Ostkreis geben. Einstimmig gewählt wurde ein Vorstand mit Reinhard Heck (Großseelheim), Walter Munyak (Stadtallendorf) und Hans-Jürgen Sitt (Kirchhain). Der Kreisverband der LINKEN verfügt bereits über Ortsverbände im Hinterland und im Norden (Wetter).

Vermögensberatung

Steueroase DIE LINKE

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers Schäuble unwiederbringlich in Hindukusch-Abenteuer oder bankrotte Banken stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der LINKEN.

Wenn Sie Schäuble die Spendenbescheinigung, die Sie von uns erhalten, zukommen lassen, zieht er Ihnen die Hälfte der Summe von Ihrer Einkommensteuer ab.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr.: 176 239 07
Volksbank Mittelhessen
(BLZ 513 900 00)